Sehr geehrte Damen und Herren Bundesratsabgeordnete!

Viele Menschen im In–, aber auch im Ausland, sind in großer Sorge um die Rechtsstaatlichkeit in Österreich. Sie beobachten massive und offenkundig verfassungswidrige Beschneidungen von Grundrechten und eine in der 2. Republik noch nie da gewesene gesellschaftliche Spaltung.

Sie können dem jetzt ein Ende setzen!

Wir bitten Sie: Nehmen Sie Ihre Aufgabe als Kontrollorgan im Gesetzwerdungsprozess ernst und erheben Sie am kommenden Donnerstag begründeten Einspruch gegen das ImpfpflichtG.

Es besteht kein Zweifel daran und selbst hochranginge österreichische Politiker*innen gestehen bereits zu, dass die Omikron-Variante keine Impfpflicht rechtfertigen kann. Damit ist aber klar, dass das Gesetz bereits zum Zeitpunkt der Erlassung verfassungswidrig ist.

Nicht nur, dass die Omikron-Variante geimpfte wie ungeimpfte Menschen gleichermaßen trifft, geht außerdem mit den aktuell hohen Inzidenzen keine Überlastung des Gesundheitswesens einher. Schwere Krankheitsverläufe bleiben glücklicherweise weitestgehend aus. Top-Virolog*innen und Epidemiolog*innen sind sich zunehmend einig, dass Covid-19 nun endemisch und ungefährlich wird.

Bei den Impfstoffen handelt es sich hingegen um bedingte Zulassungen, deren Langzeitdaten sowohl zur Sicherheit als auch zur Effektivität fehlen. Ihre Verabreichung hat in zahlreichen Fällen bereits nicht unbeträchtliche Nebenwirkungen ausgelöst.

Eine **Impfpflicht** könnte nur **ultima ratio** sein. Sie wäre also nur zu rechtfertigen, wenn es kein gelinderes Mittel zum Schutz der Bevölkerung gäbe. Wie Sie vermutlich wissen, hebt die übrige Welt – auf Basis wissenschaftlicher Evidenz und neuer Erkenntnisse - gerade alle Corona-Maßnahmen auf.

Unsere Deklaration für einen humanen und ökologischen Umgang mit der Pandemie hatte in kürzester Zeit 36.000 Mitunterzeichner, darunter auch viele Jurist*innen, Ärzt*innen und prominente Persönlichkeiten.

www.zukunft-jetzt.at

Über diese Initiative haben sich Engagierte aus allen gesellschaftlichen Bereichen – Gesundheit, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst&Kultur, Sport, Medien und NGOs – zusammengefunden, die eines vereint: Nämlich die Meinung, dass es eine ganzheitlichere Analyse der Gesamtsituation und keine autoritäre Pandemiepolitik bedarf, sondern eine klare Vision, die die Menschlichkeit ins Zentrum stellt, und damit auch alternative Maßnahmen zum Umgang mit Corona. Der erste, kurzfristige Schritt dahin ist eine freie und individuelle Impfentscheidung!

Wir appellieren heute an Ihre Verantwortung als unsere politischen Vertreter*innen und Ihr Gewissen und ersuchen Sie: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, bevor es zu spät ist.

Nicht zuletzt der an den Gesundheitsminister ergangene Fragenkatalog des VfGH, der bis zum 18. Februar beantwortet werden muss, wird Licht in viele offene Fragen bringen. Ihre Beantwortung wird entscheidend für die Beurteilung auch des ImpfpflichtG sein. Mit Ihrem Einspruch geben Sie dem NR eine weitere Chance auf Überprüfung und Revidierung der vergangenen Woche getroffenen Entscheidung.

Unsere Hoffnung liegt in Ihren Händen. Handeln Sie bitte JETZT zum Wohle unseres Staates und uns Bürger*innen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Initiative "Zukunft Jetzt"